

„Grasser – ein Skandal!“

HANNES ANDROSCH: Was seinen Steuerfall von dem von K.-H. Grasser unterscheidet.

NEWS: Herr Doktor, was sagen Sie zur Entwicklung in der Causa Grasser – zumal im Vergleich zu Ihren eigenen Steuererfahrungen?

Androsch: Über meine Amtsnachfolger äußere ich mich grundsätzlich nicht. Kein Wirtschaftswachstum, Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Lehrstellenlücke und nun auch noch die eiskalte und zynische Behandlung der einkommensschwächsten Pensionisten. Das alles wäre zu unserer Zeit undenkbar gewesen. Hauptverantwortlicher für diese Politik ist aber nicht nur der Finanzminister, sondern vor allem der Bundeskanzler selbst.

NEWS: Und wenn Sie die Steuerfälle Grasser und Androsch miteinander vergleichen?

Androsch: Jeder kann sich von den Umständen, unter denen diese Homepage, die offenkundig zu den teuersten der Welt zählt, erstellt wurde, und den nicht gerade geringen Vortragshonoraren selbst ein Bild machen – meines Wissens ist Grasser der erste österreichische Finanzminister, der für Vorträge kassiert. – Keinesfalls trifft aber zu, dass diese Zahlungen an den Ressortchef keiner Steuerpflicht unterliegen. Dies ist die Meinung aller befragten Experten im In- und Ausland. Zu behaupten, der Verein, der die Grasser-Homepage betreibt, wäre steuerbefreit, ist daher aberwitzig. Dass sich der Minister herausreden will, mag schon sein. Aber dass sein weisunggebundener Staatssekretär an einer diesbezüglichen Weißwäsche mitmacht, kann nicht hingenommen werden. Dass der für Abgaben zuständige Steuersektionschef diese Sache nicht nur deckt, sondern mitgewirkt hat, ist mehr als aufklärungsbedürftig.

NEWS: Wenn Sie von Ihrem Fall sprechen, muss man ihn

aus historischen Gründen kurz erläutern: Sie haben 1975, damals als Finanzminister, eine Villa gekauft, von der behauptet wurde, dass ein Teil der Mittel aus anonymen Konten stammt.

Kanzler Kreisky hat sich danach von Ihnen losgesagt. In einem 16 Jahre dauernden Finanzverfahren wurde der Villenkauf bis hin zum Höchstgericht überprüft.

Androsch: Schon die Tatsache, dass mein

Fall 16 Jahre gedauert hat, zeigt, wie schwierig es war, gegen mich Vorwürfe zu konstruieren. Dies ging nicht ohne schwere Rechtsbeugungen und Gesetzesverletzungen. Dazu bedurfte es massiver politischer Eingriffe und einer entsprechenden medialen Begleitung, worüber Sie, Herr Worm, sehr gut Bescheid wissen. Einzelne Beamte, die sich nun schützend vor ihren amtierenden Ressortchefs stellen, sind damals, allerdings unter dem Druck der Justiz – Strafverfahren gegen zwei Sektionschefs und den Präsidenten der FLD Wien als „Rute im Fenster“ –, ohne jede rechtliche Substanz gegen mich vorgegangen. Es stimmt allerdings, worauf in einzelnen Zeitungen wieder hingewiesen wurde: Die Gunst Kreiskys hatte

ich in den späteren Jahren meiner Ministerschaft verloren. Aber nicht wegen meines Villenkaufs, sondern wegen gravierender Auffassungsunterschiede in wichtigen Politikbereichen. So konnte Kreisky z. B. nie verwinden, dass ich mich in der Hartwährungspolitik durchgesetzt hatte. Trotz schwieriger Konjunkturlage hat damals die Steuerbelastung nicht die derzeitige Rekordhöhe erreicht. Die Arbeitslosigkeit, von der damals 50.000 Menschen betroffen waren, ist nie über zwei

Prozent gestiegen. Jetzt haben wir 360.000 Arbeitslose. Ein Rekord mit entsprechenden Budgetbelastungen – aber nichts geschieht.

NEWS: In der Verstaatlichtenpolitik konnten Sie sich aber nicht durchsetzen. Da agiert Grasser nun viel konsequenter.

Androsch: Sie haben Recht. Wegen der Verstaatlichten, aber auch in der Frage der künftigen Finanzierung des Sozialstaates haben

Kreisky und ich uns auseinander gelebt. Und das hat dazu geführt, dass ihm jedes Mittel recht war, mich aus der Politik hinauszudrängen. Was die Verstaatlichten anlangt, so hat deren erfolgreiche Neugestaltung nicht jetzt unter Schüssel/Grasser, sondern in den 90er Jahren unter Minister Streicher und ÖIAG-seits durch Sekyra, Hollweger und Becker stattgefunden. An den damit verbundenen Privatisierungen konnte ich durch den Miterwerb von AT&S und Salinen Austria erfolgreich partizipieren.

NEWS: Peter Michael Lingers hat dieser Tage im „profil“ Ihre Involvierung in den AKH-Skandal reflektiert und daran erinnert ...

Androsch: ... dass mir damals sogar mit gefälschten Überweisungsbelegen Provisions-

zahlungen auf eine Schweizer Bank unterstellt wurden. Später wurde ein ausführender Mitarbeiter der ÖVP wegen dieses Deliktes angeklagt, aber als „nur Überbringer“ freigesprochen. Tatsache ist, dass jahrelang mit solchen – gelinde gesagt – unlauteren Mitteln gegen mich vorgegangen wurde und es immerhin 16 Jahre lang gedauert hat, eine mich schädigende Konstruktion herzustellen. Zwar hat der Verwaltungsgerichtshof die Vorwürfe gegen mich zunächst mit umfangreichen Begründungen vom Tisch gefegt,

- um sich schließlich doch einem neuerlichen und noch unmöglichen Konstruktionsversuch zu beugen. Dieser wurde von einer politicisierenden Justiz aufgegriffen und meiner Verurteilung zugrunde gelegt, wobei gegenteilige Beweise und Zeugenaussagen einfach ignoriert wurden.

NEWS: Im Jänner 1981 hat Kreisky Sie als „den besten Finanzminister aller Zeiten“ des Amtes enthoben. Im Jänner 2004 hat Schüssel seinen Freund Grasser als „besten aller Finanzminister“ bezeichnet und ihm versichert, dass alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe substanzlos wären.

Androsch: Auch wenn man heute meint, Parallelen ziehen zu können, so möchte ich der guten Ordnung halber doch festhalten: Gegen mich wurden 16 Jahre lang Beweise gesucht und keine

gefunden, sodass man sich mit einem Konstrukt helfen musste. Bei Grasser liegen die Beweise am Tisch, und der ihm unterstellte Finanzstaatssekretär stellt

ohne ausreichende Prüfung und unter Umgehung gesetzlich vorgesehener Verfahrensschritte - einen Persilschein aus. Und der Finanzminister selbst erklärt in aller Öffentlichkeit: Bitte, ich stelle mich keiner Prüfung durch den Rechnungshof, ich bin ohnehin schon genug kontrolliert. Und das soll man ernst nehmen! Aus eigener Erfahrung: Nachdem die AUA neue DC-9-Flugzeuge gekauft hatte, kam es zu einer Anfrage der US-Steuerbehörde an das Finanzministerium wegen behaupteter Zahlungen an einzelne Entscheidungsträger, darunter auch den Finanzminister. Als ich mit diesem Vorwurf konfrontiert wurde, informierte ich sofort den Bundeskanzler, der mit meinem Einverständnis umgehend den Rechnungshof einschaltete. Dessen Anfrage an die US-Steuerbehörde wurde in der Folge nie beantwortet. Die Sache war damit ausgeräumt. Es steht außer Frage, dass ein amtierender Minister derartige gegen ihn gerichtete Vorwürfe nicht im eigenen Haus abhandeln lassen kann.

NEWS: Eine Frage an den Steuerberater: Ist es so kompliziert, 283.000 Euro Einnahmen eines

Vereines zu prüfen?

Androsch: In jedem anderen Fall wäre diese Prüfung in wenigen Tagen beendet. Das zuständige Finanzamt ist von Amts wegen verpflichtet, Steuer- oder Nichtsteuerpflicht festzustellen. In diesem Fall wäre die Steuerpflicht bescheidmäßig festzustellen gewesen. Da aber die Einnahmen nicht ordnungsgemäß versteuert

wurden, liegt der Verdacht des Tatbestandes der Hinterziehung vor. Bei der angeführten Höhe ist gerichtliche Zuständigkeit gegeben.

NEWS: Wieso dauert das bei Grasser so lange?

Androsch: Vielleicht weil Staatssekretär Finz schon

einen Freispruch verkündet hat? Tatsache ist, dass der Finz'sche Persilschein völlig unzulässig war. Der Fall wäre vom zuständigen Finanzamt zu würdigen gewesen - der Finz'sche Exkulpierungsauftritt war grotesk. Die Abwicklung dieses Steuerfalles ist skandalös.

NEWS: Wolfgang Nolz, Chef der Steuersektion des BMFF, hat diesen Quasifreispruch mitgetragen.

Androsch: Ich sagte es schon: ein Skandal! Dr. Nolz ist ein hervorragender Steuerjurist. Weil er sich aber zum Rechnungsprüfer dieses

Economy-Vereines machen ließ, ist er für die beispiellose Handhabung dieses Falles mitverantwortlich. Ein im BMFF einmaliger Vorgang: die Verquickung der Amtsverpflichtung eines Sektionschefs mit der Rolle eines Nebenjobkassiers in einem seltsamen Verein. Ich frage mich: Herr Worm, was hätten Sie vor 30 Jahren journalistisch gemacht, wenn ich so agiert hätte? Sie hätten mit Recht aus allen journalistischen Rohren geschossen!

NEWS: Haben Sie Vorträge gehalten und dafür Honorare bekommen oder gar verlangt?

Androsch: Vorträge habe ich in meiner nahezu elfjährigen Tätigkeit zahllos gehalten, aber natürlich dafür keine Honorare erhalten. Ich bin daher auch nie in die peinliche Verlegenheit gekommen, Honorare im Nachhinein als Sozialspende rechtfertigen zu müssen. Hier muss man sich überdies fragen, warum diese „Sozialspenden“ nicht sofort an

entsprechende Empfänger überwiesen wurden, sondern erst in Aussicht gestellt wurden, nachdem bekannt wurde dass die geleisteten Honorarzahungen an den Finanzminister gegangen sind. Das ist eine nachträgliche Schutzmaßnahme. Die Industriellenvereinigung, an die auch meine Firmen Mitgliedsbeiträge leisten, lässt viel Geld in einen kuriosen Verein fließen, der unter New Economy Kinderfotos des Ministers veröffentlicht. Dazu wird um 240.000 Euro eine sündteure Homepage installiert, und 10.000 Euro fließen in den Grasser-Sozialfonds. Für solche zwei-

felhaften Zwecke sind die lohnabhängigen Mitgliedsbeiträge an die IV sicher nicht gedacht. Sie muss einen schweren Imageschaden hinnehmen. Zumal, wenn man sich die Personen anschaut, die das Honorar für diese missglückte Homepage kassiert haben: alles Freunde des Herrn

Grasser. Man fragt sich, was dem Steuerzahler noch alles zugemutet wird.

NEWS: Schüssel & Co haben Grasser das volle Vertrauen ausgesprochen. Bartenstein nannte in der „Pressestunde“ die KHG-Homepage sogar ein „ganz besonderes“ Werk.

Jubel allenthalben: Grasser hat mit der Offenlegung seiner Einnahmen einen Befreiungsschlag vollzogen. Alles paletti!

Androsch: Nix paletti! Die Randumstände um Grasser sind signifikant für den Stil dieser Regierung. Es ist in der Öffentlichkeit untergegangen, dass Verkehrsminister Gorbach beim Staatsbesuch von Dr. Klestil im Iran fehlte und damit wichtige Auftragsverträge fast geplatzt wären. Unakzeptabel ist auch, was diese Regierung unserem Land insgesamt zumutet: Ihre Politik ist unsozial, unprofessionell und international blamabel. Was etwa mit den ÖBB angestellt wird, nennen Fachleute aus dem Ausland einen Wahnsinn. Die Regierung erfüllt damit die Wünsche der Frächterlobby. Die Zerschlagung der ÖBB dient nur dazu, FPÖ-Granden möglichst viele Leitungsposten zuzuschancen. All das ist skandalös.

INTERVIEW: ALFRED WORM ■